

Protokoll:

Die SPD-Fraktion erkundigt sich, ob vorliegend nicht doch rückwirkend wiederkehrende Beiträge eingeführt werden könnten. Baudezernent Flöck erklärt, dass dies rückwirkend bei dieser Maßnahme nicht möglich sei. Für den Fall, dass wiederkehrende Beiträge zum 01.01.2021 eingeführt würden, könnten die künftig anfallenden Kosten über wiederkehrende Beiträge umgelegt werden. Die bereits entstandenen Kosten von rund 250.000 € dürfte man in diesem Fall allerdings nicht in den ausbaubeitragspflichtigen Aufwand miteinbeziehen. Dies würde bedeuten, dass die Stadt auf 40 % der 250.000 € verzichten würde.

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt eine Änderung der Beschlussvorlage. Der Beitragssatz solle um 10% auf 30 % reduziert werden. Herr Flöck führt hierzu aus, dass die Stadt keinen wirklichen Ermessensspielraum habe, da man seit Jahren die Rechtsprechung des OVG RLP hinsichtlich der prozentuale Anteile anwende. Bei ganz überwiegendem Durchgangsverkehr sei von einem Beitragssatz von 30 % auszugehen. Aufgrund der Gewichtung des Fußgängerverkehrs sei der Beitragssatz in Höhe von 40 % vorgeschlagen worden. Hiervon sei nur eine Abweichung von maximal 5 % vertretbar.

Die CDU-Fraktion erklärt, sie werde der Beschlussvorlage der Verwaltung nicht zustimmen. Über eine Reduzierung des Beitragssatzes um 5 % ließe sich eventuell noch sprechen.

Die WGS-Fraktion sieht den Wallersheimer Weg als absolute Durchgangsverkehrsstraße.

Sie plädiert dafür, die Maßnahme nicht umzusetzen oder nach günstigeren Ausbaualternativen zu suchen. Sie kündigt an, die Vorlage abzulehnen.

Die FDP-Fraktion schlägt vor, prüfen zu lassen, welche Konsequenzen der Verwaltung drohen, wenn ab 01.01.2021 wiederkehrende Beiträge eingeführt würden. Er spricht sich dafür aus, dass im Zweifelsfall die anfallenden Planungskosten und die Anliegeranteile von der Stadt übernommen werden sollten.

Beigeordneter Flöck kündigt an, dass das Thema der Umstellung auf wiederkehrende Beiträge im Mai in den Gremien grundsätzlich thematisiert werde.

Auf Bitte der SPD-Fraktion verbleibt die Vorlage ohne Beschlussempfehlung.